Stadt Dessau-Roßlau

03.05.2021

Vorlage

Drucksachen-Nr.:	**BV/138/2021/II-DKT**
Einreicher:	Der Oberbürgermeister
Verantwortlich für die Umsetzung:	Eigenbetrieb Dessau-Roßlauer Kindertagesstätten

Beratungsfolge	Status	Termin	Für	Gegen	Enthaltung	Bestätigung
Dienstberatung des Oberbürgermeisters	nicht öffentlich	04.05.2021				
Betriebsausschuss Eigenbetrieb Dessau-Roßlauer Kindertagesstätten	öffentlich	25.05.2021				
Ausschuss für Finanzen	öffentlich	19.05.2021				

Titel:

Anpassung Gesamtmaßnahmebeschluss zur Errichtung einer neuen Kindertagesstätte in der Essener Straße und Beschluss zur außerplanmäßigen Ausgabe

Beschluss:

1. Der beschlossene Ausgabebedarf von 3.873.700 € wird um 150.000 € erhöht und mit dem neuen Gesamtausgabebedarf i. H. v. 4.023.700 € beschlossen.
2. Für das Haushaltsjahr 2021 wird eine außerplanmäßige Auszahlung i. H. v. 150.000 EUR beschlossen.

Gesetzliche Grundlagen:	- Bauordnung des Landes Sachsen-Anhalt - Kommunalverfassungsgesetz des Landes Sachsen-Anhalt (KVG LSA) - Gesetz zur Förderung und Betreuung von Kindern in Tageseinrichtungen und in Tagespflege des Landes Sachsen-Anhalt (Kinderförderungsgesetz - KiFöG) in den aktuell geltenden Fassungen
Bereits gefasste und/oder zu ändernde Beschlüsse:	BV/038/2016/V-DKT BV/476/2017/V-DKT BV/074/2020/II-DKT
Vorliegende Gutachten und/oder Stellungnahmen:	
Hinweise zur Veröffentlichung:	

Relevanz mit Leitbild

Handlungsfeld		**Ziel-Nummer**
Wirtschaft, Tourismus, Bildung und Wissenschaft	[ ]	
Kultur, Freizeit und Sport	[ ]	

Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr	[ ]	
Handel und Versorgung	[ ]	
Landschaft und Umwelt	[ ]	
Soziales Miteinander	[X]	02, 05, 07

Vorlage ist nicht leitbildrelevant	[ ]

Steuerrelevanz

Bedeutung		**Bemerkung**
Vorlage ist steuerrelevant	[ ]	
Abstimmung mit Amt 20 erfolgt	[ ]	

Vorlage ist nicht steuerrelevant	[ ]

Finanzbedarf/Finanzierung: Im Wirtschaftsplan waren für diese Maßnahme für 2018 bis 2020 insgesamt 3.873,7 TEUR eingeplant.

Die Finanzierung erfolgt durch Investitionszuschüsse aus dem städtischen Haushalt.

Produktkonto: 36510.7815000
Investitionsnummer: 365105100000400

	HH-Planung 2021	inkl. Kostenerhöhung (Anlage 2)	Differenz
Gesamtausgabe	**3.873.700 EUR**	**4.023.700 EUR**	150.000 EUR
Davon bereits kassenwirksam bis 2018	255.800 EUR (tatsächlich: 255.781,80 EUR)	255.800 EUR (tatsächlich: 255.781,80 EUR)	
Rechnungsergebnis 2019	1.001.800 EUR	1.001.800 EUR	0 EUR
Rechnungsergebnis 2020	2.616.100 EUR	2.616.100 EUR	0 EUR
Bedarf 2021	0 EUR	150.000 EUR	150.000 EUR

<u>Genehmigung einer außerplanmäßigen Auszahlung</u>

Erhöhung um: **150.000,00 EUR**

Deckung durch Mehreinzahlungen: 36510.6815000
365105100000113
Zuschuss an Eigenbetrieb DeKiTa für Sanierung der Kinderfreizeitoase

i. H. v. 71.998,65 EUR

36510.6815000
365105100000202
Zuschuss an Eigenbetrieb DeKiTa für
2. Rettungsweg Kita Nesthäkchen

i. H. v. 46.594,54 EUR

36510.6815000
365105100000200
Zuschuss an Eigenbetrieb DeKiTa für
2. Rettungsweg Kita Kinderland

i. H. v. 27.326,58 EUR

36510.6815000
365105100000308
Zuschuss an Eigenbetrieb DeKiTa für
Hort GS „Hugo Junkers“

i. H. v. 4.080,23 EUR

Zur Deckung der außerplanmäßigen Auszahlung werden die dargestellten Mehreinzahlungen aus abgeschlossenen Maßnahmen eingesetzt. Diese resultieren aus Rückzahlungen nicht verwendeter Restmittel, die für die benannten Maßnahmen nicht mehr benötigt wurden.

Begründung: siehe Anlage 1

Für den Oberbürgermeister:

Doreen Rach
Betriebsleiterin

Anlage 1:

Im Stadtteil Ziebigk-Siedlung wurde eine neue Kindereinrichtung (KER) errichtet. Zunächst ist diese Einrichtung für die Unterbringung der Kinder aus der KER „Bremer Stadtmusikanten“ während der Sanierung dieser Einrichtung mit Stark III - Mitteln vorgesehen. Perspektivisch dient sie der Unterbringung der Kinder, die momentan in den Kindereinrichtungen, Krippe „Bussi Bär“ und Kita „Villa Kunterbunt“ betreut werden.

Bei der Realisierung der Baumaßnahme „Neubau der Essener Straße“ kommt es zu einer Kostenerhöhung von 3.873.734,00 € auf nunmehr ca. 4.023.700 €. Die Kostenerhöhung ist auf verschiedene Gründe zurückzuführen.

Zum Ersten sind entgegen der ursprünglichen Kalkulation verschiedene Lose deutlich teurer angeboten worden. Dies spiegelt die Preisentwicklung am Markt wider. Wiederholte Ausschreibungen haben dabei nicht zur Kostenreduzierung beitragen können. In einigen Fällen führten sie letztendlich zur Verlängerung der Bauzeit. Die Metallbauarbeiten wurden öffentlich ausgeschrieben und vergeben. Wie für entsprechende Leistungen üblich, wurde die Werkplanung als Bestandteil des Auftrages mit angeboten, da sie abhängig vom jeweils angebotenen Produkt ist und aufgrund der produktneutralen Ausschreibung vorher nicht benannt werden kann. Die Werkpläne sind einer statischen Prüfung zu unterziehen. Dabei stellte sich heraus, dass Befestigungen nicht mehr den aktuellen Forderungen entsprachen. Dies zog sowohl bei den Kosten der Prüfung als auch durch Änderungen der Befestigungspunkte höhere Kosten nach sich.

Die nach dem Kinderförderungsgesetz erhöhten Anforderungen im Rahmen integrativer Pädagogik führten zu erhöhten Kosten in der Sanitärausstattung sowie zusätzlicher Möblierung.

Weiterhin ergab sich in diesem Zusammenhang, durch Einschränkungen infolge der Corona Pandemie und den eingangs schon erwähnten wiederholten Ausschreibungen eine Verlängerung der Bauzeit. Sie führten wiederum zu längeren Vorhaltezeiten für Rüstung und Baustelleneinrichtung. Dazu verursachten die erhöhten hygienischen Standards (kürzere Reinigungsintervalle der Sanitärcontainer und Baustellenunterkünfte) aufgrund der pandemischen Situation zusätzlich höhere Kosten.

Die Mehrkosten wurden erst in den letzten Wochen angemeldet und konnten nur in geringem Maß durch Einsparungen in anderen Gewerken abgefedert werden, da die Vergaben im Wesentlichen schon erfolgt waren.

Anlagen:

Anlage 2 angepasster Kostenplan